

## Erklärung des Bundestreffens 2011 der Regionalgruppen der AG Cuba sí in der Partei DIE LINKE

Das Bundestreffen 2011 der Regionalgruppen der bundesweiten AG Cuba sí in der Partei DIE LINKE blickt voller Freude und mit Stolz auf 20 Jahre erfolgreich gelebter Solidarität mit Kuba zurück. Die politische und materielle Solidarität mit dem sozialistischen Kuba war, ist und bleibt unumstößliche Grundlage unserer Arbeit.

Beredtes Zeugnis davon legte die Anwesenheit einer siebenköpfigen Delegation unserer kubanischen Partnerorganisation ACPA unter Leitung ihrer Präsidentin Teresa Planas ab. Zusammen mit den Leitern der vier ACPA-Cuba-Sí-Milchprojekte wurde eine beeindruckende Bilanz des in vertrauensvoller Zusammenarbeit Erreichten gezogen und ein optimistischer Ausblick auf die künftigen Herausforderungen eröffnet. Dabei kam deutlich zum Ausdruck, dass die Milchprojekte einen Beitrag leisten zur Erreichung der Ernährungssouveränität als Bestandteil eines selbstbestimmten Weges zur Entwicklung eines demokratischen Sozialismus. Kuba steht dabei nicht allein.

Die AG Cuba Sí wird auch künftig das Recht des kubanischen Volkes auf Souveränität, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung bei seiner weiteren Entwicklung als Partner in der Bolivarianischen Allianz der Völker unseres Amerika (ALBA) jenseits des kapitalistischen Gesellschaftsmodells und im Widerstand gegen imperialistische und neokoloniale Herrschaft verteidigen. Mit ALBA existiert ein alternatives solidarisches Modell der Zusammenarbeit zur Überwindung von Armut und Unterwicklung als Folge der Ausbeutung. Wir begrüßen den lateinamerikanischen Integrationsprozess, bei dem Kuba und das bolivarianische Venezuela die treibende Kraft sind.

Die TeilnehmerInnen am Bundestreffen 2011 freuen sich mit René González und seiner Familie über dessen Freilassung, fordern aber zugleich, dass ihm unverzüglich die Rückkehr nach Kuba ermöglicht wird, sowie die Freilassung der anderen vier ungerechtfertigt eingekerkerten Kubaner.

In Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der UNO-Vollversammlung fordern wir die US-Regierung auf, die nun seit 50 Jahren bestehende Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade Kubas sofort und bedingungslos aufzuheben.

Wir bekräftigen unsere Forderung nach Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts der EU gegenüber dem sozialistischen Kuba. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihren Einfluss zu nutzen, damit die EU den Gemeinsamen Standpunkt aufgibt, der eine verhüllte Form der US-Blockadepolitik darstellt.

Wir treten ein für eine friedliche, solidarische und gerechte Welt ohne heuchlerische Instrumentalisierung der Menschenrechte zur Durchsetzung neokolonialer Wirtschaftsinteressen und hegemonialer Machtansprüche.

Bundestreffen 2011 der Regionalgruppen der AG Cuba sí in der Partei DIE LINKE Werbellinsee, den 30. Oktober 2011